

Bericht zum Ostalb-Bündnis für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und des Jugendhilfeausschusses am 29. März 2022

Ausgehend von einem starken zivilgesellschaftlichen Engagement und mit Unterstützung des Landkreises, der drei großen Kreisstädte, der Soroptimistischen Servicegesellschaften und dem Kloster der Franziskanerinnen wurde im Herbst 2018 das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution gegründet.

Marietta Hageney hat zu Inhalten und Motivlage ein Jahr später im Herbst 2019 im Kreistag berichtet. Der Landkreis machte eine Förderzusage für zunächst 3 Jahre – in Höhe von 30.300 PK für eine halbe Stelle und 18.000 SK für den operativen Teil – sowie die Begleitung durch einen Beirat mit entsendeten Beirätinnen der Gründungsmütter und -väter. An dieser Stelle nochmals großer Dank für diese Zuwendung und auch großer Dank für die Unterstützung der Beirätinnen: Carmen Venus, Elke Heer, Uta Steybe, Nicole Bühler, Hermine Nowotnick, Gisela Stephan, Claudia Köditz Habermann und Ingrid Krumm.

Aufgaben und Ziele des Bündnisses sind in einem umfänglichen Visions- und Missionspapier dargestellt. Es gibt einen Flyer, einen regelmäßigen Newsletter und eine homepage: www.ostalbuendnis.de für weiterführende Informationen.

3 Kernpunkte des Förderbeschlusses:

Sensibilisierung und Aufklärung über Ausbeutung und Brutalität in der Prostitution bei den verschiedenen Zielgruppen (SchülerInnen, Sportvereine, interessierte Gruppen)

Es wurde mit den unterschiedlichsten Zielgruppen intensiv diskutiert. Oftmals fehlen wichtige Informationen – das Thema Prostitution wird von vielen Mythen begleitet. Die Vorträge und Workshops erfolgten zunächst in Präsenz und während der Pandemie ergaben sich nochmals ganz neue Möglichkeiten, mit Hilfe von Online-Formaten auf Gruppen zuzugehen und damit schlussendlich eine deutlich vergrößerten Reichweite zu erzielen.

Vorträge in Präsenz gab es (19/20/21) insgesamt 82 und online Aktionen gab es (20/21) insgesamt 70. Die online-Zugänge sind flexibel, schnell und trotzdem verbindlich. ErzieherInnen, LehrerInnen und andere Kontaktpersonen sowie auch das Bündnis haben Chancen und die Möglichkeiten genutzt, das Thema zu transportieren sowie die Zugänge genutzt, stärker in die Einzelberatung einzusteigen. Ein Beispiel ist die Zielgruppe der Privatschulen, die auch außerhalb des Ostalbkreises Schulträgerinnen sind. Es gab Empfehlungen an Partnerschulen und der Wirkungskreis erweiterte sich deutlich. Immer wieder fiel dabei auf, wie eng das Themenfeld Pornografie mit dem der Prostitution gekoppelt ist und welcher immense Handlungsbedarf vor Ort herrscht.

Ein weiteres Beispiel ist die Zielgruppe Polizei. Insbesondere bei Einzelfällen wurde immer wieder die Polizei hier im Landkreis mit ins Boot genommen. Es hat sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt und es konnten gemeinsam etliche Arbeitsfelder sowohl in der Prävention, wie auch in der Beratung unkompliziert und auf dem kleinen Dienstweg bearbeitet werden. „Der Kriminalist“ ist eine Zeitschrift der Polizei, sie liegt an allen Polizeidienststellen und Gerichten Deutschlands aus. Auf dem Titelblatt der Maiausgabe 21

und weiteren 5 Seiten des Heftes wird über die Präventionsarbeit des Ostalb-Bündnis in Osteuropa berichtet. Diese Information haben nicht zuletzt auch zu einem Vortragsauftrag an der Polizeifachschule geführt.

Die BündnispartnerInnen haben im Rahmen einer Ordenseinreichung Kriminalhauptkommissar a.D. Manfred Paulus, Ulm, erfolgreich für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Die Verleihung des BVK war im Sommer 2021 im Alb Donau Kreis. Die Presse hat überörtlich berichtet, und es gab kaum einen Artikel in dem das Ostalb-Bündnis nicht erwähnt wurde.

Das Ostalb-Bündnis ist vor allem ein Leuchtturmprojekt und wird auch als solches wahrgenommen:

Die Städte und Landkreise Esslingen, Reutlingen, Ludwigsburg, Karlsruhe, Mannheim und Bremen sind dabei sich zu formieren und Bündnisse nach dem Vorbild des Ostalbkreises zu gründen.

Dazu kommt eine intensive Pressearbeit – seit 2019 konnten knapp 100 Presseartikel lanciert werden (siehe homepage) und 10 Radiointerviews. Die ARD hat im Januar 2021 einen ganzen Tag in der Geschäftsstelle in Aalen für die Arte-Sendung „Sex und Armut“ gedreht. Die Sendung platziert die Bündnisarbeit überzeugend. Außerdem stammten die Kontakte zu den rumänischen Protagonisten des Films zum überwiegenden Teil aus Bündnisnetzwerken. Die Doku wurde von der deutschen Welle übernommen, in mehrere Sprachen übersetzt und hat bis heute fast 1 Mio Klicks erreicht. Es gab Resonanz auch über die Bundesrepublik hinaus. Ebenfalls eine gute Verbindung besteht zum SWR und es gab im September 21 einem Live-Beitrag zur Sexarbeitskonferenz in Stuttgart und dies in den Abendnachrichten zur besten Sendezeit.

Des weiteren gab es zehn größere Aktionen im öffentlichen Raum: Benefizkonzerte, Protestkundgebungen gegen die Wiederöffnung von Bordellen in der Pandemie und die Kampagne „not for sale“, platziert in allen großen Kreisstädten, weiterhin die Tütenaktion mit einer Bäckerei „Prostitution ist Gewalt und das kommt nicht in die Tüte“ und One Billion Rising in Aalen sowie mehrere Marktplatzaktionen (siehe Bildbericht).

Einrichtung und Begleitung einer Beratungs- und Präventionsstelle

Parallel zur Gründung des Bündnisses konnten nach 20 Jahren ehrenamtlicher Arbeit der SOLWODI-Kontaktgruppe GD/AA dank einer Anschubfinanzierung des Klosters der Franziskanerinnen eine SOLWODI-Fachberatungsstelle mit Sitz in Aalen eingerichtet werden. Das Beratungstelefon hat eine 24 Stunden Rufumleitung und wurde in der Hochphase der Pandemie zur Unterstützung der behördlichen Einrichtungen nach Dienstschluss geschaltet – bis heute gibt es eine öffentlich bekannte Sonntagsvormittagshotline.

Durchschnittlich werden 30 Fälle mit unterschiedlichem Betreuungsaufwand begleitet. Etwa die Hälfte der Frauen stammt aus dem Ostalbkreis. 2020 wurde eine Frau mit Kleinkind ganzjährig intensiv in den Ausstieg begleitet, 6 Frauen in der Prostitution wurden ausstiegstechnisch beraten und punktuell begleitet und drei Frauen aus der Prostitution medizinisch/gynäkologisch unterstützt.

Zum Thema „Ausstieg von hoch traumatisierten, vulnerablen Frauen“, einem wichtigen, ausgesprochen vielfältigen und auch nicht per se erfolgreichen Ansatz, gelangten Beratungsstelle und ehrenamtlich Engagierte im Ostalb-Bündnis nach einem Jahr Ausstiegsbegleitung zu der Erkenntnis, dass für diese Arbeit geeigneter Wohnraum und Fachpersonal in ausreichender Menge zwingend erforderlich sind. Die Bündnispartnerin Sonja Elser leitet die AWO in Göppingen und mit fachlicher Unterstützung von SOLWODI

Aalen konnte sehr erfolgreich ein EU-Antrag zu einer Finanzierung für das Projekt HerA (Krisenintervention, Wohnraum und Ausstieg u.a. für prostituierte Frauen) gestellt werden. SOLWODI kooperiert eng mit HerA und ist in permanentem fachlichen Austausch. Prostituierte Frauen, die sich an die Beratungsstelle in Aalen wenden, können bei entsprechender Voraussetzung (keine akute Lebensbedrohung oder Gefahr im Verzug) sofort von HerA übernommen werden (es gibt eine 24 Stunden Rufbereitschaft). Auch auf der Ostalb sind 85-90% der Frauen in der Prostitution aus Süd- und Südosteuropa und die allermeisten haben den einen großen Wunsch, ins Heimatland zurückzukehren. Seit 2015 leistet das Bündnis Aufklärungsarbeit in Rumänien und Moldawien. Für 2020 war in Zusammenarbeit mit dem Ostalbkreis eine Aufklärungsreise nach Satu Mare geplant – das Programm liegt in der Schublade und wird starten, sobald dies die Pandemiesituation wieder zulässt!

Das Ostalb-Bündnis ist mittlerweile in Rumänien bestens vernetzt und kennt die Situation (s.a. Film „Sex und Armut“). Es ist der Beratungsstelle in vier Fällen gelungen, mit Unterstützung von Rumänischen Organisationen Frauen (davon 2 mit Kindern) ins Heimatland zurückzuführen. Diese Netzwerke sind hier im Ostalbkreis entstanden und als ausgewiesene Expertinnen auch über Landesgrenzen hinaus bekannt. Beratungsstellen aus ganz Deutschland fragen im Ostalb-Bündnis nach, wenn sie Ausstiegskontakte nach Osteuropa brauchen.

Das Sozialministerium Stuttgart hat über die Baden-Württemberg-Stiftung Gelder für eine große Donaukonferenz in Ulm gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung freigegeben und Kommissar Manfred Paulus und Marietta Hageney ausdrücklich aufgefordert, diese mit zu organisieren. Nach einer Vorbereitungszeit von 2 Jahren trafen sich über 100 TeilnehmerInnen aus den Anrainerstaaten der Donau, Deutschland und Österreich, insbesondere aus NGOs, Strafverfolgungsbehörden und Prävention.

Obwohl das Sozialministerium die Arbeit des Ostalb-Bündnis an dieser Konferenz sehr positiv bewertete, hat es leider die angestrebte Regelfinanzierung einer Beratungsstelle auf der Ostalb bis heute nicht bewilligt. Dabei kann man davon ausgehen, dass erst durch die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Donaukonferenz die Aufnahme in die Förderlinie „Engagiert in BW II“ zur Gewinnung, Schulung und Sensibilisierung von Ehrenamtlichen möglich wurde.

Während der Konferenz gab es u.a. ein großes Interview beim SWR, bei welchem der Ostalbkreis als Miturheberin deutlich benannt wurde. Insgesamt gab es eine große Medienöffentlichkeit. Nicht nur deshalb kann schon jetzt zweifelsfrei von Nachhaltigkeit der Bündnisarbeit gesprochen werden. Die Vernetzungen sind deutlich nachzuweisen. Aus dieser Bündnisarbeit sowie den Ergebnissen der Konferenz resultierten als Schlussfolgerung zur Ausstiegssproblematik:

Es bedarf verlässlicher PartnerInnen in Rumänien und den anderen Herkunftsländern, die professionell Frauen bei der Rückkehr aufnehmen und begleiten. Eine dieser Organisationen, „Asociatia Free“ plant, in Brasov (Kronstadt) ein Haus zu kaufen und Aussteigerinnen/Überlebende aus der Prostitution aufzunehmen. Das Bündnis war bereits an vier Schulen in Brasov und hat dort beste Kontakte.

Es braucht gute Anlaufstellen im Heimatland der Frauen sowie eine positive Perspektive für die Aussteigerinnen. Peter Maffay ging in Brasov zur Schule. Vor diesem Hintergrund konnten Netzwerke aktiviert werden und das Bündnis fand eine „Türöffnerin“ für die Stiftung von Peter Maffay in Tutzing. Es konnten mehrere Personen in Deutschland und Rumänien zusammengebracht werden und es besteht gute Hoffnung, dass die Peter Maffay-

Stiftung den fehlenden Betrag für dieses so wichtige Rückkehrhaus finanziert. Die Wurzeln hierfür sind im Ostalbkreis durch das Bündnis gepflanzt worden!

Eine weitere Schlussfolgerung der Konferenz ist die Änderungen der Gesetzeslage in Deutschland analog dem Nordischen Modell. Die Stadt Ulm hat sich hierzu öffentlich bekannt.

Änderung des Prostituiertenschutzgesetzes in Richtung „Schwedisches Modell“

Während der 20 Jahre Legalisierung der Prostitution in Deutschland haben die Arbeit der Kontaktgruppe SOLWODI in GD/AA sowie das 7 Jahre währende Engagement von Teilen der Zivilgesellschaft im Ostalbkreis, davon 3 Jahre im Bündnis, gezeigt, dass Beratung und Ausstiegshilfen im System Prostitution immer nur die Symptome lindern aber nicht das Übel an der Wurzel packen können.

Das Ostalb-Bündnis im Verein mit vielen Menschen auf der Ostalb sieht daher eine große Chance im Beschreiten des Rechtsweges, um den Sumpf auszutrocknen, eine Erkenntnis, die von vielen Expertinnen und Experten gestützt wird.

Wie schon in den vorgenannten beiden Punkten berichtet, hat auch hier Ostalbkreis und das Bündnis entscheidende Signale ausgesandt.

2020 wurde ein sozial engagierter Mäzen auf das Ostalb-Bündnis aufmerksam und bat um fachliche Unterstützung einer entsprechenden Klage vor dem Verfassungsgericht. Die Bundesrepublik soll in Karlsruhe wegen der Nichteinhaltung ihrer eigenen Rechtsnormen in Sachen ProstG und ProstSchG verklagt werden.

Der Gedanke wurde vom Bündnis aufgenommen und es konnten in einer intensiven Phase wieder viele Ostalb Netzwerke aktiviert werden. Die Bundestagsabgeordneten, als Partnerinnen des Ostalbkreises, waren dabei ebenfalls eine große Stütze und es gelang erfolgreich, den Lehrstuhl einer Universität zu gewinnen sowie einen ehemaligen Landesverfassungsrichter und zwei kompetente wissenschaftliche MitarbeiterInnen (Staatsexamen und Promotion Jura und Ethik), die seit Sommer 2021 an der Erstellung eines aussagestarken Rechtsgutachtens zur Prüfung der Recht-/Verfassungsmäßigkeit des ProstG sowie des ProstSchG arbeiten. Das Gutachten stellt die Vorlage für eine geplante Normenkontrollklage dar (1/4 der amtierenden Abgeordneten muss der Normenkontrolle zustimmen – aktuell 184 Abgeordnete). Es gelang zudem, für die finanzielle Absicherung des Gutachtens weitere UnterstützerInnen zu gewinnen.

Alle UnterstützerInnen des Rechtswegs handeln in Partnerschaft mit dem Ostalb-Bündnis. Das Gutachten wird vermutlich in den nächsten 8 Wochen fertiggestellt sein. Es der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wird die große Herausforderung der kommenden Monate sein, damit die Normenkontrolle ausgelöst werden kann!

Für eine Finanzierung dieser Aktivität wird allerdings der Ostalbkreis **nicht** gesehen. Dessen Beitrag in den vergangenen Jahren war es vielmehr, den Boden zu bereiten und die entscheidenden Prozesse anzustoßen. Wäre der Ostalbkreis nicht mit finanzieller Unterstützung in das Bündnis eingestiegen, so wäre die jetzige vielversprechende Ausgangssituation niemals erreicht worden. Ein ganzer Landkreis, der sich für eine Gesetzesänderung analog dem Nordischen Modell einsetzt und es nicht bei Worten belässt, sondern handelt, der erhält in der breiten Bevölkerung Aufmerksamkeit und Respekt! Das gereicht dem Landkreis selbst zu weitreichender Anerkennung und ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Normenkontrolle.

Es wurde in den vergangenen Jahren zielstrebig in den vorgestellten 3 Bereichen gearbeitet und an dieser Stelle bleib es, jetzt ein Fazit zu ziehen:

Sensibilisierung und Aufklärung über Ausbeutung und Brutalität in der Prostitution bei den verschiedenen Zielgruppen (SchülerInnen, Sportvereine, interessierte Gruppen)

Es reicht nicht aus, das Thema an einem Vormittag in die Klassenstufe zu bringen – wir müssen früher ansetzen: Pornografiekonsum wurde klar und eindeutig als Einstiegs“droge“ hin zu Prostitutionskonsum erkannt - hier gilt es verstärkt Ressourcen zu akquirieren und frühzeitig aufzuklären.

Einrichtung und Begleitung einer Beratungs- und Präventionsstelle

Wir müssen weiterdenken und den Sumpf austrocknen – jede Frau, die in den Ausstieg geht wird durch eine Frau ersetzt, die einsteigt. Was hier in Deutschland als Prostitution bezeichnet wird, ist in weiten Teilen ein äußerst lohnenswertes Geschäftsfeld der Organisierten Kriminalität.

Änderung des Prostituiertenschutzgesetzes in Richtung „Schwedisches Modell“

Die Erkenntnisse der letzten 20 Jahren zeigen uns, dass wir den Rechtsweg gehen müssen, wenn wir eine Veränderung wollen – Gesetze schaffen Kultur.

Ausblick

In den vergangenen zwei Jahren hat die Arbeit am Thema Prostitution klar gezeigt, dass die Notwendigkeit besteht, präventiv in das Themenfeld Pornografie einzusteigen. Pornografie ist gefilmte Prostitution. Das Einstiegsalter von Pornografiekonsum liegt – bei Mädchen und Jungen - zwischen 10 und 12 Jahren. Vielen Eltern und auch Lehrkräften ist nicht klar, dass die meisten Jugendlichen schon eine Vielzahl Geschlechtsakte, oftmals von Gewalt geprägt - gesehen haben, bevor sie überhaupt den ersten Kuss erleben. Wir stellen uns vor, das Jahr 2022 zu nutzen, um Tools für Eltern, Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter*innen zu entwickeln, die geeignet sind, hier Aufklärungsarbeit zu leisten und die Verantwortlichen dazu in die Lage versetzen, mit den Jugendlichen über ihre Erlebnisse zu sprechen und bei sexistischen Vorfällen eindeutig Stellung zu beziehen. Auch die Jugendlichen selbst sollen Zielgruppe sein - hier ist darauf zu achten, dass die Jugendlichen dort abgeholt werden, wo sie momentan stehen - es soll auf keinen Fall Neugier auf „Mehr“ erzeugt werden bei Jungen und Mädchen, die noch keine Erfahrung mit Pornografie haben - es können also in ein und derselben Klasse unterschiedliche Tools zur Anwendung kommen.

Insgesamt sollen Schulgemeinschaften - oder auch Verbände, Verwaltungen etc., - so geschult werden, dass eine gemeinsame Haltung in Richtung geschlechtersensibler und respektvoller Umgang miteinander entstehen kann.

In den Jahren 2023 und 2024 können diese Tools in verschiedenen Schulgemeinschaften und/oder sonstigen Organisationen eingesetzt, evaluiert und weiter entwickelt werden. Ein Beirat, bestehend aus den am Thema Prävention beteiligten Institutionen des Ostalbkreises (Präventionsstelle, KJR, Erziehungsberatungsstelle...) könnte installiert werden, um das Projekt professionell zu begleiten. Hier wurde im Vorfeld in einer entsprechenden Gesprächsrunde bereits Zustimmung signalisiert.

Marietta Hageney für das Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und (Zwangs-)Prostitution